

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Wochenblatt, bei 10 Pf. zweimal, Beilage bei 20 Pf. monatlich, 3,30; Wochenausgabe 1,10; Einzelheft 48 Pf. (Postgeb. 10 Pf.)

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-A. I., Marienstraße 38/42, Fernruf 23241. Postfachkonto 1068 Dresden

Kontingentspreis 12. Vertriebspreis 7. Abonnementpreis (12 Nummern) 11,80. Nachträge nach Abstellung d. Abonnementsgebühren u. statistische Witterungsberichte 6 Pf. (Postgeb. 10 Pf.)

Reichswirtschaftsministerium wird dezentralisiert

Reichsminister Funk: „Enge Fühlung mit der Wirtschaft“

Stettin, 1. Juli.

Reichswirtschaftsminister Funk hielt am Freitag auf einer großen Kundgebung der pommerischen Wirtschaft in Anwesenheit des gesamten Führerkorps des Gaues und der führenden Vertreter der Behörden in Stettin eine grundsätzliche Rede zum deutschen Wirtschaftsaufbau.

Der Reichswirtschaftsminister kam zunächst auf das Verhältnis zwischen Partei und Staat in der Wirtschaftsführung zu sprechen. Es sei eine seiner ersten und wichtigsten Aufgaben gewesen, auch hier die notwendige Einheit herzustellen.

Alle Kraftströme unseres nationalen Lebens kämen heute aus der Politik, wie sie die Partei entwickelt habe, und es gelte auch für die Wirtschaft und ihre Führung der Grundsatz, daß der unterliegenden Werke und unterliegen müsse, der sich der Partei verlässliche oder sich gar gegen sie zu stellen versuche.

Deutschland dient dem Welthandel

Am Hand beweiskräftiger Zahlen wies Reichsminister Funk dann darauf hin, daß alle bei der Wirtschaftsentwicklung von den Gegnern des Nationalsozialismus abgelehnten Vermutungen, der Aufbau des Dritten Reiches werde an den Wirtschaftsproblemen scheitern, durch die Tatsachen restlos hinfällig wurden. Genau das Gegenteil sei eingetreten. Das nationalsozialistische Deutschland sei diesen Problemen nicht nur nicht erlegen: seine nationale Wirtschaft habe vielmehr eine Kraft entfaltet, die geradezu einseitig in der Welt blicke. Vor allem sei unser Land dank straffster Staats- und Wirtschaftsführung in der Lage, allen Krisen- und Zufallsfällen der Weltwirtschaft zu begegnen. Es müsse der Weltöffentlichkeit immer wieder vor Augen geführt werden, daß die nationalsozialistische Staatsführung nicht nur einen gewaltigen Aufschwung der inneren deutschen Wirtschaft brachte, sondern auch eine stärkere Stellung Deutschlands in dem Welthandel herbeiführt habe.

„Deutschland“, so erklärte der Minister, „ist heute nach den Vereinigten Staaten von Amerika und England das drittgrößte Welthandelsland. Hierbei ist die Tatsache von besonderer Bedeutung, daß es diese Stellung einnimmt, obwohl im Kolonial nicht zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der industriellen Produktion der Welt

steht Deutschland hinter den Vereinigten Staaten von Amerika an zweiter Stelle. Wir konnten bei sinkenden Weltproduktionen unsere Erzeugung weiter steigern und unseren Anteil an der Weltproduktion erhöhen.

Das Gespenst des Wirtschaftskrieges gebannt

Wenn uns leichtfertige und unverantwortliche Kreise in den letzten Wochen bei den internationalen Wirtschaftsverhandlungen, die Deutschland führen mußte, mit dem Schreckgespenst eines Wirtschaftskrieges unter Druck zu setzen versuchten, so sollten sich diese Leute nur einmal vorstellen, welche unabsehbare Folgen für die Weltwirtschaft und die von ihr abhängigen Volkswirtschaften der Ausfall der Wirtschaftskraft eines 75-Millionen-Volkes von der überragenden Wirtschaftsfähigkeit, die Deutschland aufzuweisen hat, zeitigen müßte! Die schon heute in der Weltwirtschaft herrschende Krise würde durch solche Maßnahmen zu einer allgemeinen Deroute anwachen. Und dabei ist Deutschland heute in der Lage, dem Niedergang in der Weltwirtschaft als einziges Land mit Erfolge zu begegnen! Schon seit Monaten kämpft die deutsche Wirtschaft die Krise in der Weltwirtschaft mit seiner ungebrochenen und ständig weiter wachsenden Wirtschaftskraft ab.

Die verantwortungsbewußten Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker des Auslandes haben sich dieser Erkenntnis auch keineswegs verschlossen. In den Verhandlungen, die von deutscher Seite zur Zeit mit zwölf Staaten geführt werden, ist überall der Wille zur Verständigung zum Ausdruck gekommen. Dabei wurde dem deutschen Standpunkt weitestgehend Rechnung getragen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß zwischen Deutschland und England gerade jetzt wieder ein handelspolitisches Abkommen zustande gekommen ist, das vorteilhaft für beide Seiten voll gerecht zu werden, und das die Handelsbeziehungen beider Länder in gute und vernünftige Bahnen leitet.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Seite des Nationalitätenstatuts an die SdP übergeben

Die Sudetendeutsche Partei behält sich ihre Stellungnahme vor

Prag, 1. Juli.

Wie man erfährt, hat Ministerpräsident Dr. Sobotka am Donnerstag den Mitgliedern der sudetendeutschen Verhandlungskommission, Dr. Kundt und Dr. Rösche, Teilschlüsse aus dem Nationalitätenstatut der Regierung sowie den Entwurf des Sprachengesetzes übergeben. Der Hauptteil des Statuts werde der SdP „erst in der nächsten Woche“ übermitteln werden. Wie es weiter heißt, soll dieser Hauptteil von den dazu berufenen Sacharbeitern der Regierung „noch nicht vollständig“ ausgearbeitet sein.

Die SdP hat zu den ihr übergebenen Statutentexten vorläufig noch keine Stellung genommen. Dies soll erst erfolgen, wenn der ganze Entwurf vorliegen wird.

„Fest aller Deutschen“ in Komotau

Komotau, 1. Juli.

Die alte Herrscherstadt Komotau, die ihr deutsches Erbe stolz bewahrt, feiert in ihren Mauern vom 1. bis 4. Juli das „Fest aller Deutschen“, das der Bund der Deutschen alljährlich veranstaltet und das im Laufe der Jahre zur mächtigen Kundgebung des gesamten Sudeten-

deutschtums wurde. In der festlich geschmückten Stadt wehen zahllose Fahnen und Tannenkränze, und Wappen hängen die Häuser. Die Bürger dieser volkstreuem Stadt wollen der Welt beweisen, daß das Sudetendeutschtum eines Sinnes und Willens ist, die unter Konrad Henlein's Führung erlangene Einheit für alle Zeiten zu erhalten.

Bei seinem Einzug begrüßten Jubel und Fanfaren vom Stadtplatz den Bundesführer Gottfried Behrens sen. Im Festsaal des Rathauses ließ dann der Bürgermeister den Bundesführer willkommen. Komotau begrüßte im Bund der Deutschen das gesamte Sudetendeutschtum. Der Bundesführer antwortete, daß er zurückdenke an die Zeit vor neunzehn Jahren, als der Bund der Deutschen in dieser Stadt ebenfalls ein Fest feierte. Damals lag tiefe Niedergelagtheit über dem Sudetendeutschtum. Heute blicke es voller Freude in die Zukunft. Der Bund der Deutschen sehe sein Ziel erreicht durch die Verwirklichung des Sudetendeutschen Verbandes, der alle in sich schließen werde.

Nachmittags fand die feierliche Eröffnung der Bundesausstellung statt, die den Besuchern anschaulich das Wachsen und vielfache Wirken des Bundes und der Sudetendeutschen Volkshilfe vor Augen führt.

König-Heinrich-Gedenkfeier der // in Quedlinburg

Reichsführer // Dimmler verkündet die König-Heinrich-I.-Gedächtnisstiftung

Quedlinburg, 1. Juli.

Im 1000jährigen Quedlinburg, das aus Anlaß der Wiederkehr des Todesjahres des ersten Königs der Deutschen, Heinrich I., festlichen Schmuck angelegt hatte, verkündete am Freitag im Rahmen der von den Schutzherren getragenen und eingerichteten König-Heinrich-Gedenkfeier der Reichsführer // Dimmler im historischen Rathsaal die König-Heinrich-I.-Stiftung. Diese Stiftung hat den Zweck, Welt und Zeit Heinrich I. für unsere Zeit wieder lebendig zu machen, sein Auftreten in der deutschen Geschichte und seine Leistungen als Staatsmann wissenschaftlich zu erforschen.

Die Gedenkfeier, die in diesem Jahre zum dritten Male stattfand, begann traditionsgemäß mit der Verpöterung des Wachsturms der //-Hauptkirche in Braunschweig. Dann gab der Reichsführer // die Parole „König Heinrich“

aus. Nach der Feterstunde im Rathaus begab sich der Reichsführer mit seinen Gästen zur Wappert-Krypta auf dem ehemaligen Königsberg Heinrichs, wo er einen Ehrenkranz zum Gedenken des ersten Königs der Deutschen niederlegte. Im Rittersaal begab sich der Reichsführer mit seinen Gästen zum Dom, um dort in der Heinrich-Krypta Kränze niederzulegen.

Berammlungsruhe für Juli und August

Berlin, 1. Juli.

Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels hat für die Monate Juli und August Berammlungsruhe für Kundgebungen und öffentliche Veranstaltungen der RSDAP angeordnet. Unter diese Berammlungsruhe fallen nicht die Veranstaltungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und die der Gewerkschaften.

Der Fall Sandys

In der englischen Parlamentsmaschinerie ist etwas nicht in Ordnung. Immer häufiger treten Pannen ein, und niemand tut etwas, um sie zu verhindern. Es wäre falsch, einer in 700 Jahren organisch gewachsenen politischen Einrichtung aus ein paar Verlegern das bevorstehende Ende zu prophezeien. Es hat schon öfter in der Geschichte des englischen Parlaments Krisenzeiten gegeben, und zwar Krisen von solcher Schwere, daß aus ihrer Überwindung nur vorzeitige Schlüsse gezogen werden können. Und doch ist die gegenwärtige Krise in ihrer Tragweite nicht zu unterschätzen. Sie hat zahlreiche Fehler sowohl in der Konstruktion als auch in der Handhabung des 700 Jahre alten Instrumentes aufgedeckt. Vor einem Jahrzehnt noch konnte der maßgebende englische Historiker unserer Zeit, Trevelyan, feststellen: „Das Parlament ist ein Debattierklub gewählter Männer, die mit Erfolg ein Weltreich in Krieg und Frieden lenken.“ Ob Trevelyan im Sommer 1928 zu einer gleichen Definition bereit wäre, muß bezweifelt werden. Es haben sich in den letzten Jahren Dinge ereignet, die den Ruf „mit Erfolg“ in einem ungewissen Maße erschüttern lassen.

Was uns, die wir so schlechte Erfahrungen mit den parlamentarischen Einrichtungen gemacht haben, das alles angeht, wird mancher Leser fragen. Nun, noch ist tatsächlich das Parlament der entscheidende Faktor für die englische Politik, und der Sprecher der liberalen Opposition erklärte am Donnerstag im Unterhaus, daß das Parlament über allen Offizieren und Beamten und über der jeweiligen Regierung steht. Da sich hiergegen kein Widerspruch erhob, kann man auf das Einverständnis der überwiegenden Mehrheit des Hauses schließen. Die augenblickliche Erörterung über die Maßbefugnisse des Parlaments ist ja nicht aus einer theoretischen Untersuchung entstanden, sondern aus einem praktischen politischen Vorgang, dem „Fall Sandys“. Und dieser Fall ist in jeder Beziehung von so großer politischer Bedeutung, daß er im Ausland mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt wird wie in England, wo er die politische Senfation der letzten Tage darstellt. Die sensationelle Behandlung der Angelegenheit ist in der Tat gerechtfertigt, denn seine Hintergründe und tieferen Zusammenhänge berühren Lebensfragen des englischen Weltreiches und der englischen Außenpolitik.

Was ist geschehen? Der konservative Abgeordnete Duncan Sandys hat die Unterhaus-Erörterung von Fragen der militärischen Luftabwehr zum Anlaß genommen, um an den Kriegsminister Gore-Bellish einen Brief zu richten, in dem er dessen Angaben über die Stärke der Abwehrkräfte in Zweifel zog und mit anderen Zahlen aufwartete. Dieser Brief hat wie eine Bombe eingeschlagen, denn der ehrenwerte Abgeordnete konnte seine Informationen nur von einem der fünf hohen Generalstabsoffiziere erhalten haben, die um diese Dinge wußten. Der Armeestab ging deshalb mit aller Schärfe vor, kündigte ein Kriegsgerichtsverfahren gegen den redseligen Generalstabler an und stellte Sandys eine Vorladung zu, nach der er sich, in seiner Eigenschaft als Offizier des freiwilligen Heeres, in Uniform vor einem Untersuchungsausschuß einzufinden hätte. Ob dieser Zumutung erhob sich im Unterhaus, dem Sandys von seiner Angelegenheit Mitteilung machte, ein Sturm der Entrüstung, der bezeichnenderweise von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten ging. Der Premierminister sah sich gezwungen, den in den letzten hundert Jahren nur sehr selten aufgetretenen Privilegienauschuß einzuberufen, der dann einstimmig feststellte, daß durch das Vorgehen des Armeestabs die Vorrechte des Parlaments tatsächlich verletzt worden sind.

Man muß sich ein wenig mit englischer Geschichte befassen haben, um zu verstehen, daß ein Vorgang, wie der geschilderte, derartige Folgen nach sich ziehen kann. Privilegien ist im Vorabular der englischen Verfassungsgeschichte ein Wort, das gleich hinter Tradition kommt. Der Ausländer glaubt sich in die Tage Cromwells versetzt, wenn er sieht, wie das eigentlich selbstverständliche Vorgehen einer obersten Militärbehörde einen Parlamentsaufstand auslösen kann. Es sprangen sofort Abgeordnete auf, die mit Zitaten aus dem Gesetzeswerk von 1621 und der „Bill of Rights“ aus dem Jahre 1689 aufwarteten, die jedem Abgeordneten die persönliche Freiheit, die Redefreiheit und den freien Zutritt zum König sichern und die ihn in seiner Tätigkeit für das Parlament vor jeder „Belästigung“ schützten.

Nun haben sich in der Geschichte des englischen Parlaments sehr oft Fälle ereignet, in denen man es mit der Freiheit durchaus nicht so genau genommen hat. Ein weiser Mann hat einmal gesagt, daß die vielgerühmte Freiheit des Engländers darin besteht, alles tun zu dürfen, was

HEUTE
Briefmarkenecke